



GUT GESAGT

„Pro-Europäer*innen aller Länder vereinigt euch!“ Katarina Barley

AUS DER REDAKTION

„In den langen Nächten hat man die besten Ideen?!“

EXPRESS

VERANSTALTUNGSZEITUNG DER SIMULATION EUROPÄISCHES PARLAMENT II

SAMSTAG, 3. MÄRZ 2018

WEISSBUCH

5 Szenarien zur Zukunft Europas

Szenario 1 Weiter wie bisher

Die EU verfolgt einen unveränderten Kurs gemäß der Reformagenda, was gemeinsame Zielsetzungen voraussetzt. Gerade in der Sicherheits- und Außenpolitik wird verstärkt auf Einigkeit gesetzt.

Szenario 2 Schwerpunkt Binnenmarkt

Der primäre „Existenzgrund“ der EU wird auf den Binnenmarkt reduziert, die Zusammenarbeit auf anderen Gebieten findet zwischen einzelnen Staaten und häufig nur begrenzt statt.

Szenario 3 Wer mehr will, tut mehr

Die EU setzt die bisherige Arbeit fort, allerdings können sich einzelne Länder zu einer „Koalition der Willigen“ mit verstärkter Zusammenarbeit zusammenschließen. Ergebnis könnten wachsende Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsstaaten und eine komplexere Beschlussfassung sein.

Szenario 4 Weniger, aber effizienter

Die EU priorisiert einzelne Bereiche und kann dort schneller und effizienter Entscheidungen treffen. Dafür die die EU Befugnisse in anderen Feldern auf, auf denen stattdessen (wieder) die Staaten ackern.

Szenario 5 Mehr gemeinsames Handeln

Die Mitgliedsstaaten arbeiten auf europäischer Ebene in allen Politikbereichen enger zusammen, was aber auch die Frage nach der Rechenschaftspflicht aufwirft.

Emily Matejcek



FOTO: FRIEDER UNSELT

Noch in Vielfalt geeint?

Rote und schwarze Kleckse im Weißbuch: über die Zukunft Europas sinnieren Sylvia-Yvonne Kaufmann und Christian Ehler

Von Emily Matejcek

Das am 01. März des vergangenen Jahres durch die Europäische Kommission veröffentlichte Weißbuch über die Zukunft der Europäischen Union hat auch 2018 nichts von seiner Aktualität verloren. Mit besagtem Dokument reagiert die EU-Kommission auf Veränderungen – wie Europas schwindenden weltpolitischen Einfluss und nicht zuletzt den bevorstehenden Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU –, indem sie fünf Szenarien vorstellt, wie die Zukunft der EU aussehen könnte. Der wegweisende Grundgedanke ist, dass die EU trotz des Brexits nach wie vor und weiterhin gemeinsame Ziele verfolgen möchte.

Die Wichtigkeit des Weißbuchs sieht Frau Dr. Sylvia Kaufmann (MdEP, S&D) darin, dass die Kommission damit „die Diskussion in der EU über die Zukunft der EU angestoßen hat und unterschiedliche Meinungen über die Zukunft widerspiegelt, die real in der Politik existieren“. Frau Kaufmann sieht nicht ein konkretes Szenario als endgültige Zukunft. Die EU brauche aber ein Szenario, das „den Zusammenhalt der EU und deren Handlungsfähigkeit nach innen stärk[e] und dafür sorg[e], dass die EU als internationaler Akteur geschlossen auftreten [könne]“. Auch für Herrn Dr. Christian Ehler (MdEP, EVP) ist die zukünftige Politik der EU

nicht ganz klar erkennbar. Denn einerseits setzt die EU in seiner Wahrnehmung ihre bisherige Politik fort, andererseits erkennt er aber auch nationalistische Tendenzen nach dem Motto „zurück zum Nationalstaat“. Diese Tendenzen zurück zum Nationalen gehören aber – ebenso wie die voranschreitende Globalisierung sowie Extremismus – auch zum Zeitgeist. Dennoch lassen sie Zweifel an der Modernität des europäischen Gedankens laut werden. „Es ist immer leicht zu sagen, Europa ist schuld“, befindet Herr Dr. Ehler. Trotzdem böten Frankreich und Deutschland Hoffnung, da sie begriffen hätten, „dass sie nach vorne gehen müssen,

dass es keine Lösung ohne Europa geben kann“. Sie als wichtige europäische Mitgliedsstaaten haben so eine Vorreiterposition inne. Für Frau Dr. Kaufmann ist „die europäische Idee [...] aktueller denn je“, besonders mit Blick auf den Charakter der EU als einem „gemeinsamen Markt, eine[r] gemeinsame[n] Rechts- und Wertegemeinschaft“. Im Angesicht anderer aufsteigender Mächte, wie zum Beispiel China, müsse die europäische Stimme trotzdem Gehör finden. Dies könne aber nur geschehen, wenn die „europäische Idee weiter belebt wird durch die Bürger und Bürgerinnen.“

Von Marcel Trung Hieu Do,
Clara Hielscher und Belana Stückl

Wie sieht die EU in 20 Jah- ren aus?

Viele sehen die Zukunft der EU pessi-
mistisch. Doch die Teilnehmer blicken
hoffnungsvoll nach vorne.

*„Ich glaube, dass die EU
noch existieren wird und viel-
leicht werden sich sogar noch
einige Länder anschließen.“*



Sophie Menzel (17)
EFDD-Abgeordnete
Vereinigtes Königreich

*„Ich bin mir sicher, dass die EU
in 20 Jahren noch existiert! Ich hoffe,
dass die Mitgliedstaaten mehr Sou-
veränität abgeben und es so zu einer
engeren Zusammenarbeit mit
weniger nationalistischen
Strömungen kommt.“*

Marisa Grasshoff (17)
S&D-Abgeordnete,
Litauen



*„Besonders hat mich gefreut, dass
wir in den Ländergruppen die EU
und ihre verschiedenen Instituti-
onen kennengelernt haben und so
unser Wissen erweitern konnten.“*



Annika Werner (17)
EKR-Abgeordnete,
Polen

*„Viele Probleme der heutigen EU
werden in 20 Jahren gelöst sein. Die
Integration von europäischen Wer-
ten in allen Systemen und die wach-
sende Bedeutung des sozialen Fak-
tors werden dafür sorgen.“*



Lea Skapetze (16)
EVP-Abgeordnete,
Deutschland

*„Das reale Erleben des Europa-
parlaments, die konstruktive Zu-
sammenarbeit und die perfekte
Organisation machen die SIMEP
zu einem einzigartigen Erlebnis.“*



Maik Germer (17)
ALDE-Abgeordneter,
Portugal



FOTOS: FRIEDER UNSELT

Von Nhi Nhi Mai, Katharina Sophie Mönlich
und Cosima Hutschenreuter

Terrorismus spaltet das Parlament

Bei der Pressekonferenz prallten das erste Mal die Argumente der Fraktionen aufeinander. Die Sprecher verteidigten ihre Änderungsanträge selbstbewusst.



„Besonders die detaillierte Beschäftigung mit politischen Themen und die vielen Menschen, die die gleichen Interessen teilen, finde ich faszinierend.“

Vincent Köpp, (16)
Grüne/EFA-Abgeordneter,
Frankreich
Polen



„Mir haben vor allem die Reden der bekannten Politiker gefallen! Auch die Einführung in d[en] Ländergruppen und das Brainstorming waren super.“



Lukas Deichsel (17)
KVEL/NGL-Abgeordneter,
Niederlande



KVEL/NGL
Lucas Deichsel
Prinzipiell ist die KVEL/NGL für eine EU-Antiterror-Zentrale. Diese sollte aber nicht die Macht haben, einen Ausnahmezustand auszurufen. Die Fraktion lehnt die lebenslange Freiheitsstrafe für „Rückkehrer“, die von terroristischen Gruppen ausgebildet wurden und für diese gekämpft haben, ab.



EVP
Nico Schötz
Die Fraktion ist der Meinung,

dass Terrorismus nicht nur religiösen Ursprungs ist, aber gleichwohl in Verbindung mit Migranten gebracht werden darf. Außerdem ist die Integration von Rückkehrern zwar möglich, aber schwierig. Zumindest sollte die EU bei der Integration versuchen zu helfen. Die Abgeordneten unterstützen die EU-Antiterror-Zentrale.



S&D
Justus Schlösser
und Luca Bohn
Die Abgeordneten der S&D sind im Gegensatz zur KVEL/NGL gegen die EU-Antiterror-Zentrale, da diese nicht demokratisch sei und sich um zu viele Betroffene gleichzeitig kümmern müsste. Auch sie lehnen die lebenslange Freiheitsstrafe ab. Denn sie glauben, dass sich die „Rückkehrer“ rehabilitieren können. Außerdem denken sie, dass Terrorismus nicht nur aus religiösen Gründen entsteht.



EKR
Fabian Sauer &
Nele Eichert

Die EU-Antiterror-Zentrale wird nicht von dieser Fraktion unterstützt, da ihre Einrichtung der EU zu viel Macht übergeben und die Datenschutz- und Freiheitsrechte der Menschen verletzen würde. Zu den „Rückkehrern“ haben die Abgeordneten eine eindeutige Meinung: Kinder sollten nicht aus der EU „verbannt“ werden und erwachsene Täter je nach Schwere der Tat bestraft werden. Eine Aberkennung der Staatsangehörigkeit lehnt die Fraktion jedoch gänzlich ab.



Grüne/EFA
Dennis Lange
Die Fraktion ist der Meinung, dass die Datensammlung in Bezug auf Terrorismus Geldverschwendung ist und für andere Zwecke besser investiert werden sollte. Ebenfalls sollen nur Daten bei begründetem Verdacht gesammelt werden dürfen, da dies nach ihrer Ansicht ein Eingriff in die Menschenrechte ist.



EFDD
Maximilliane
Wendeborn

Die Fraktion der EFDD sieht die EU insgesamt als „Hirngespinnst“ – Nationalismus sollte an erster Stelle stehen. Dementsprechend finden ihre Abgeordneten das Konzept der Europäischen Union als Einheit überflüssig. Dennoch sind sie der Meinung, dass es den „Rückkehrern“ schlichtweg nicht möglich ist, sich in die Gesellschaft wieder einzugliedern, da sie wahrscheinlich rückfällig wären.



ALDE
Henri Thieris
Die „liberale Kraft“ des EU-Parlaments ist dafür, dass die Integrität des Individuums geschützt werden sollte. Außerdem sollte der Ausnahmezustand nicht von der EU-Antiterror-Zentrale ausgerufen werden dürfen, da dies die Rechte verletzen würde.

DAS PRESSETEAM



Marcel Trung Hieu Do
Clara Hielscher
Cosima Hutschenreuter
Nevruz Karakuş
Nhi Nhi Mai
Emily Matejcek
Hannes Mertens
Katharina Sophie Mönlich
Elena Schulz-Ruhtenberg
Jasmine Steckmann
Johann Stephanowitz
Belana Stückl
Heinz Tönnies

Wir danken unseren Interview-Partnern aus den Fraktionen und unserem Fotograf Frieder. Ein besonderer Dank gilt vor allem dem fantastischen Organisationsteam der SIMEP – es waren spannende zwei Tage im Berliner Abgeordnetenhaus!

*Bei der SIMEP handelt es sich um ein Planspiel. Nicht alle in den Artikeln geäußerten Meinungen spiegeln unbedingt die tatsächlichen Ansichten der Zitierten wider.

IMPRESSUM

SIMEP – Simulation Europäisches Parlament

Junge Europäische Bewegung
Berlin-Brandenburg e.V.
Sophienstraße 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 - 30 36 200
Mail: info@jeb-bb.de

V.i.S.d.P. Elena Schulz-
Ruhtenberg, Johann Stephano-
witz
Druck: Copyshop Warschauer-
straße
Auflage: 300

Redaktionsschluss:
02. März, 19:00 Uhr

„Jeder einzelne Mensch muss die Erfahrung machen, dass die EU für ihn gut ist“

Katarina Barley kann man als europäische Persönlichkeit bezeichnen: Die Tochter eines britischen Journalisten studierte in Frankreich und lebte lange Zeit in Rheinland-Pfalz – also in unmittelbarer Nähe zu Luxemburg, den Niederlanden und Frankreich. Und auch Spanien und die Niederlande prägten ihre Sozialisation – alles Länder die sich vor wenigen Jahrhunderten noch untereinander feindlich gestimmt waren. In ihrer Rede auf der SIMEP spricht die SPD-Bundestagsabgeordnete den schwierigen Zustand der EU an. Finanzkrise und Jugendarbeitslosigkeit, Rechtspopulismus und Nationalismus sowie der Terrorismus seien alles Dinge, die den Bestand der EU gefährden, betont Barley.

Für Katarina Barley war der Brexit ein Schock – doch er hat auch vielen die Augen geöffnet. Viele wollten in der EU bleiben. Doch nur wenige Befürworter der Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der EU nahmen am Referendum teil – und ermöglichten so letztlich fahrlässig das mehrheitliche Votum für den Brexit. Laut Barley hat aber ebendiese Entscheidung für den Austritt den Bürgern gezeigt, dass vieles nicht mehr selbstverständlich ist:



Dr. Katarina Barley

FOTO: FRIEDER UNSELT

Etwa ohne Einschränkungen in Europa über Ländergrenzen und Sprachbarrieren hinweg zu verkehren.

„Europa war lange das Versprechen: Es wird besser. Das gilt so nicht mehr“,

bedauert Barley. mit Blick auf die hohe Perspektivlosigkeit, die gerade unter jungen Menschen in Europa herrscht. Laut Barley gefährdet diese Ungleichheit den Zusammenhalt in Europa. Die soziale Komponente muss daher in den Vordergrund zukünftiger Europapolitik gestellt werden, meint

Barley. Sie fordert deshalb einen europäischen Bildungs- und Sozialpakt. Es gelte, Errungenschaften – wie das in Deutschland bekannte duale Bildungssystem – auch in anderen europäischen Ländern zu verwirklichen. Nur mit guter Bildung könne den Jugendlichen in Europa wieder Hoffnung gegeben werden.

„Jeder einzelne Mensch muss die Erfahrung machen, dass die EU für ihn gut ist“, sagt Katarina Barley. Die EU mag für viele vielleicht weiter weg sein, doch sie ist nicht undemokratischer als die Mitgliedsstaaten. Im Moment steckt die EU laut Barley in einer Krise, doch eins gilt für sie nun umso stärker: „Pro-Europäer*innen aller Länder vereinigt euch!“

Johann Stephanowitz

Aus der Traum – Von der gescheiterten Revolution transnationaler Listen

Von Elena Schulz-Ruhtenberg

Nachdem eine Mehrheit im Verfassungsausschuss des Europäischen Parlaments im Januar für transnationale Listen gestimmt hatte, sind einen Monat später die Abgeordneten im Plenum ebendieses Parlaments zu einem anderen Ergebnis gekommen: Bei den nächsten Europawahlen 2019 wird es keine zusätzliche Liste für europäische Kandidaten europäischer Parteien geben – ein herber Niederschlag für diejenigen, die darin eine Chance für Europas Demokratie gesehen haben. Man wollte den Brexit als Chance begreifen, die freiwerdenden Sitze an europaweit wählbare Kandidierende zu vergeben. Man wollte ein Paradoxon auflösen, das schon in der Konstitution der Europawahlen angelegt ist: In europäischen Wahlen werden nationale Parteien gewählt. Aus 28 Einzelwahlen soll ein einziges Wählervotum aggregiert werden, auf dessen Basis starke gesamteuropäische Entscheidungen getroffen werden sollen. Dass Europas Fluch wie auch Segen der Spagat zwischen nationalen und europäischen Interessen ist, zeigt eine Analyse der zurückliegenden Wahlen: Wer glaubt, alle fünf Jahre treten Bürger von einem

europäischen Geist beseelt an die Urne, liegt falsch. Die Europawahlen sind nationale Wahlen zweiter Reihe, wo Parteien mit nationalen Themen werben und Menschen ihre nationalen Regierungsparteien mit ihrer Stimme für nationale Fehlritte abstrafen. Obwohl europäische Lösungen für Themen wie Migration, Umweltschutz oder Besteuerung unverzichtbar sind, hat sich ein vermeintliches europäisches Bewusstsein bisher zu wenig gezeigt. Erst mit dem Erstarken rechtsextremer Parteien auf nationaler Ebene scheint plötzlich eine europäische Öffentlichkeit aus ihrem Tiefschlaf erwacht zu sein. Als Antwort darauf müssen sich die nationalen Parteien als Teil ihres europäischen Äquivalents verstehen, einen europäischen Wahlkampf führen und diese neue Öffentlichkeit bedienen. Also: Auch dann, wenn die Konservativen gegen die transnationalen



KARIKATUR: ELENA SCHULZ-RUHTENBERG, HEINZ TÖNNIES

Listen gestimmt haben, wird sie das nicht davor bewahren, die nächsten Europawahlen genuin europäisch zu gestalten. Wenn sie keine alternativen Reformen für

eine zukunftsfähige EU anbieten, begeben sie sich in Komplizenschaft mit der extremen Rechten, die dabei ist, Europa langsam in seine Einzelteile zu zerlegen.



JUNGE
EUROPÄISCHE
BEWEGUNG
BERLIN-BRANDENBURG

Gefördert durch:



Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Das Journalistenteam
wird unterstützt durch:

